

Redaktionsschluss: 30. November 2009

Nr. 23/09

## INHALT

### ***INNENPOLITIK***

Ein Jahr Bundesregierung unter Kanzler Werner Faymann  
Bundespräsident Heinz Fischer verkündete Wiederkandidatur 2010  
Wahlen im Bundesdienst  
Pensionen steigen 2010 um 1,5 %  
Eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare

### ***EUROPA ■ INTERNATIONAL***

Faymann zu EU-Duo: „Mann des Ausgleichs“, „erste Frau an EU-Spitze“  
Johannes Hahn neuer EU-Kommissar für Regionalpolitik  
Deutscher Außenminister Guido Westerwelle in Wien  
UNO/Frauenrechte: 30 Jahre Cedaw  
Friedensmissionen des Bundesheeres werden fortgesetzt

### ***WIRTSCHAFT***

Sommertourismus 2009: Nahe an Rekordergebnis des Vorjahres  
OECD-Prognose: Rascheres Wachstum auch für Österreich  
Bankenhilfspaket gilt bis Ende 2010

### ***KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT***

Hochtechnologie: Neue Siemens- Kompetenzzentren in Österreich  
Malmö: Österreich ist einer der Gewinner bei eGovernment Awards  
ÖNB: Wenzel von Böhmen  
Jubel in den USA für Wiener Janáček-Inszenierung  
Wien Museum zeigt „Kampf um die Stadt“ im Künstlerhaus  
Wien ehrte Francesca Habsburg

### ***SPORTPOLITIK***

Gemeinsamer Weg von Sport und Justiz im Kampf gegen Doping  
Fünf Punkte-Maßnahmenpaket für mehr Bewegung in der Schule

#### IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens, A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz,  
Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958,  
Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.  
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

## Ein Jahr Bundesregierung unter Kanzler Werner Faymann

Am 23. November 2008 hatten sich SPÖ und ÖVP auf eine Neuauflage der Großen Koalition geeinigt. Exakt ein Jahr danach unterstrichen Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll vor Journalisten die Vorteile der Kooperation. Faymann dankte für die „gute Zusammenarbeit“ und würde heute wieder mit der ÖVP koalieren. Pröll betonte, dass die „Konsensfähigkeit voll gegeben“ sei.

Die „enge, gute Zusammenarbeit in der Regierung“ hat laut Faymann zu vielen konkreten Ergebnissen und Reformen geführt, darunter die Senkung der Steuern, Konjunkturpakete oder die Ausbildungsgarantie für junge Menschen. Dass Österreich den geringsten Anstieg bei Arbeitslosen bzw. Jugendarbeitslosigkeit in Europa aufweise – und zwar in Zeiten der schwersten Krise – sei „nach einem Jahr das beste Zeugnis, das man haben kann“, so Faymann. Die Koalition habe noch viel vor, der Bundeskanzler nannte in diesem Zusammenhang Reformen in den Bereichen Bildung, Forschung und Verwaltung.

Zum einjährigen Jubiläum seiner Kanzlerschaft hält Faymann am 2. Dezember (Jahrestag der Angelobung) in der Wiener Hofburg eine programmatische Rede mit Resümee und Ausblick auf die Regierungsarbeit bis 2013. In einem Interview mit dem Wochenmagazin „Format“ (27. November) betonte Faymann vorab, wie wichtig es sei, die Verlässlichkeit der Koalition auch weiterhin unter Beweis zu stellen – im Sinne des Schutzes der Interessen der Bevölkerung: Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, Steigerung der Kaufkraft, Stabilisierung der Märkte, soziale Sicherheit. Zentrale Bedeutung dabei hätten Bildung und Ausbildung: Es gehe darum, junge Leute für die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs in einer globalisierten Welt zu rüsten, sagte Faymann.

Steuererhöhungen lehnt Faymann ab: „Massensteuern zu erhöhen, bringt nichts. Das schwächt die Kaufkraft.“ Er plädiert hingegen für einen Kassasturz, wobei alle Einnahmen und Ausgaben auf ihre Verteilung zu prüfen seien. ■

## Bundespräsident Heinz Fischer verkündete Wiederkandidatur 2010

Bundespräsident Heinz Fischer hat am 23. November in einer Video-Botschaft via Inter-

net bekannt gegeben, für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Voraussichtlicher Termin für die Wahl zum Bundespräsidenten ist der 25. April 2010. Er sei von vielen Seiten zum erneuten Anreten ermutigt worden und hoffe auf „breite rot-weiß-rote Unterstützung“, sagte Fischer. Bisher gibt es keinen Gegenkandidaten. ■

## Wahlen im Bundesdienst

Bei den Personalvertretungswahlen der Bundesbediensteten (25./26. November) konnten die Christgewerkschafter (FCG in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, GÖD) ihre absolute Mehrheit ausbauen, die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) und die Unabhängigen Gewerkschafter (UGÖD) erzielten deutliche Verluste. Zuwächse gab es für die freiheitliche AUF. Vorläufiges Endergebnis: FCG 55,95 % (+5,78 % gegenüber 2004); FSG 28,58 % (-5,96 %); UGÖD 7,52 % (-2,00 %); AUF 5,72 % (+2,09 %); Sonstige 2,13 % (+0,1 %). ■

## Pensionen steigen 2010 um 1,5 %

Bundesregierung und Seniorenvertreter haben sich am 24. November über die Pensionserhöhung geeinigt: Demnach steigen die Pensionen 2010 um 1,5 %. Zusätzlich erhalten Bezieher von Pensionen unter 1.300 Euro eine Einmalzahlung. Dafür stehen in Summe 35 Mio. Euro zur Verfügung. Bei Pensionen über 2.466 Euro gibt es einen Fixbetrag von 36,99 Euro. ■

## Eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare

Die Bundesregierung hat am 17. November die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare beschlossen. Die Eintragung findet in Bezirks- und Magistratsämtern statt. Das bedeutet eine Gleichstellung mit der Ehe in wichtigen Bereichen wie Pensionsrecht, Beistands- und Unterhaltungspflichten oder Entschlagsrecht vor Gericht. Verboten sind hingegen Adoption und künstliche Befruchtung.

Beschlossen wurden im Ministerrat zudem die Krankenkassen-Sanierung, ein Kinderbeistand in strittigen Scheidungsverfahren, ein neues Datenschutzgesetz, ein neues Haushaltsrecht für die Ministerien, Mobbingverbot und höhere Frauenquoten im Beamtendienstrecht sowie mehr Rechte für Opfer von Gewalt- und Sexualdelikten. ■

Faymann zu EU-Duo: „Mann des Ausgleichs“, „erste Frau an EU-Spitze“

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben am 19. November bei einem Sondergipfel in Brüssel den belgischen Ministerpräsidenten Herman Van Rompuy zum ersten EU-Ratspräsidenten und die britische EU-Handelskommissarin Catherine Ashton zur ersten EU-„Außenministerin“ ernannt. Bundeskanzler Werner Faymann hat die Kür des neuen EU-Spitzen-Duos begrüßt.

Faymann würdigte Van Rompuy als jemanden, der „einen Ausgleich in Europa sucht“ und die großen Mitgliedstaaten nicht bevorzugen werde. Nähe zu österreichischen Positionen sieht Faymann in Van Rompuys Eintreten für eine Finanztransaktionssteuer und gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Catherine Ashton sei eine „besonders gute Entscheidung“, er selbst habe sich dafür eingesetzt, dass eine Frau den Posten erhält. Mit Ashton, künftig auch Vizepräsidentin der EU-Kommission, stehe überhaupt die erste Frau an der EU-Spitze, betonte Faymann. Der Beschluss für deren Nominierung war vor Beginn des Gipfels bei einem Treffen der sozialdemokratischen Regierungschefs in der österreichischen EU-Vertretung in Brüssel gefallen. ■

Johannes Hahn neuer EU-Kommissar für Regionalpolitik

Österreichs Wissenschaftsminister Johannes Hahn wird Kommissar für Regionalpolitik. Das hat EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso am 27. November bei der Präsentation seines neuen Teams bekanntgegeben. Gemessen an der Dotierung verwaltet Hahn künftig das nach der Landwirtschaft zweitgrößte Teilbudget in der Union. Das Regional-Ressort verfügt über Finanzmittel in Höhe von 347 Mrd. Euro und damit über mehr als ein Drittel des EU-Gesamthaushalts. Hahn versprach in einer ersten Reaktion, dafür zu sorgen, „dass in Zukunft das Geld wirklich dort ankommt, wo es gebraucht wird“.

Bundeskanzler Werner Faymann zeigte sich erfreut über das „außerordentlich wichtige Zukunftsressort“ für Hahn, auf dessen Agenda Arbeitsplätze, regionale Entwicklung und der Zusammenhalt in Europa stünden. Die gemeinsamen rot-weiß-roten Bemühungen hätten diesen Erfolg ermöglicht: „Ich bin stolz darauf, dass meine vielen Gespräche in dieser Angelegenheit zu einem großartigen Ergebnis für Österreich geführt ha-

ben“, so Faymann. Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll betonte, „das Beste für Österreich herausgeholt“ zu haben. Außenminister Michael Spindelegger sah in der Entscheidung einen „Ausdruck der Anerkennung für die Rolle Österreichs in der EU“. ■

Deutscher Außenminister Guido Westerwelle in Wien

Bei seinem Antrittsbesuch in Österreich am 25. November hat sich der neue deutsche Außenminister Guido Westerwelle zu einer Politik der guten Nachbarschaft „auf gleicher Augenhöhe“ bekannt. Auf dem Programm standen Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Außenminister Michael Spindelegger und IAEO-Generaldirektor Mohamed ElBaradei. Westerwelle bekräftigte, dass Deutschland eine atomare Bewaffnung des Iran nicht akzeptieren werde.

Thema der Unterredung mit Außenminister Spindelegger war auch die Frage der Ausgleichszahlungen für deutsche Studenten, die an österreichischen Universitäten studieren. ■

UNO/Frauenrechte: 30 Jahre Cedaw

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Außenminister Michael Spindelegger haben am 27. November anlässlich des Jubiläums „30 Jahre UN-Frauenrechtskonvention Cedaw“ sowie des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen (25.11.) zu einem Festakt in das Bundeskanzleramt geladen. In einer gemeinsamen Aussendung betonten beide, dass die UNO-Frauenrechtskonvention wichtigste internationale Rechtsbasis für frauenpolitisches Engagement gegen jede Form der Diskriminierung sei. Deren Beseitigung sei noch nicht erreicht, weshalb man die Kräfte bündeln müsse. Politik und Gesellschaft müssten gleichermaßen ihren Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit leisten. Frauenrechte seien Menschenrechte, von denen letztlich alle profitierten. ■

Friedensmissionen des Bundesheeres werden fortgesetzt

Der Hauptausschuss des Parlaments hat am 20. November die Verlängerung zahlreicher UNO- und EU-Einsätze von Bundesheer, Polizei und Justiz genehmigt. Unter anderem handelt es sich dabei um Missionen im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, Zypern und auf dem Golan. ■

## Sommertourismus 2009: Nahe an Rekordergebnis des Vorjahres

Die österreichischen Tourismusbetriebe haben in der Sommersaison 2009 trotz Wirtschaftskrise nur geringfügige Verluste verzeichnet. Die Zahl der Übernachtungen sank gegenüber dem Rekordsommer 2008 nur minimal um 1,1 % auf 61,70 Mio., wie die Statistik Austria am 24. November mitteilte. Aufgefangen wurde die Saison durch die Monate August (+4,1 %) und September (+1,4 %). Bei den Inländernachtungen gab es einen neuen Rekord (+3,4 %).

In der ersten Saisonhälfte (Mai bis Juli) sanken die Nächtigungen im Jahresabstand um 4,9 %, zwischen August und Oktober wurde hingegen ein Plus von 2,5 % verzeichnet. Insgesamt nächtigten die Österreicherinnen und Österreicher in der abgelaufenen Sommersaison 19,88 Mio. in heimischen Hotels und Pensionen (+2 %). Laut Statistikexperten ist das ein „neuer Rekordwert“, der sogar den „Spitzensommer 1991“ (18,78 Mio. Inländernachtungen bei insgesamt 78,12 Mio. Nächtigungen) übertrifft.

Bei den Übernachtungen von ausländischen Gästen wurde allerdings ein Minus von 2,6 % auf 41,82 Mio. beobachtet. Geringfügige Rückgänge gab es bei den Deutschen (-0,6 %) und Niederländern (-0,7 %). Im zweistelligen Bereich lagen die Nächtigungsrückgänge bei den Ungarn (-13,5 %), Polen (-16,1 %), Rumänen (-15,5 %) und Russen (-30,8 %). Erhebliche Einbußen mussten auch bei den Briten (-19,1 %) und Schweden (-30,4 %) festgestellt werden. Zugelegt haben dafür die Übernachtungen der Schweizer (+1,9 %), Italiener (+3,0 %) und Franzosen (+1,8 %).

Die Zahl der Ankünfte sank auf 17,24 Mio. (-0,5 %). Die Ankünfte von Inländern nahmen um 3,4 % zu und erreichten das Rekordergebnis von 6,35 Mio. Die Zahl der Ankünfte von Ausländern fiel auf 10,88 Mio. (-2,6 %).

Von Jänner bis Oktober lag die Zahl der Nächtigungen mit 110,62 Mio. um 1,9 % unter dem Niveau von 2008. Auch die Ankünfte gingen zurück (-0,9 % auf 28,24 Mio.). Bei inländischen Gästen verlief die Entwicklung sowohl bei den Nächtigungen als auch bei den Ankünften positiv (+1,8 % bzw. +2,6 %), bei den ausländischen Gästen jeweils negativ (-3,2 % bzw. -2,6 %).

Der für den Tourismus zuständige Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sowie Tourismusvertreter zeigten sich über den – angesichts der weltweiten Rezession – nur geringen Rückgang der Sommernachtungen erfreut. Besonders die

Rekordzahlen von ÖsterreicherInnen, die in der Heimat Urlaub gemacht hätten, würden beweisen, „dass die Inlandskampagne eine goldrichtige Entscheidung“ gewesen sei, betonte Mitterlehner. Auch die Bewerbung der Nahverkehrsmärkte habe sich bewährt, wie die Zuwächse bei Touristen aus der Schweiz und Italien gezeigt hätten.

Die Österreichische Hotelierversammlung (ÖHV) hofft auf ein höheres Budget für die Österreich Werbung (ÖW) und eine kürzere Abschreibungsdauer für Investitionen. Mit Finanzminister Josef Pröll sei man hier „auf einer Linie“, so in einer ÖHV-Aussendung vom 27. November. ■

## OECD-Prognose: Rascheres Wachstum auch für Österreich

Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung) hat ihre Prognose etwas nach oben korrigiert. Demnach werde Österreichs Wirtschaftsleistung heuer um 3,8 % schrumpfen und 2010 um 0,9 % ansteigen. Die Weltwirtschaft soll 2010 um 3,4 % zulegen. Im Juni waren 2,3 % prognostiziert worden. Auf dem Arbeitsmarkt werde es hingegen keine rasche Wende geben: In Österreich werde die Arbeitslosenrate 2010 auf 7,1 % und 2011 im Jahresschnitt auf 7,3 % (Eurozone: 10,8 %) steigen.

Die österreichische Politik zeigte sich vor allem erfreut darüber, dass die OECD das heimische Konjunkturprogramm lobe. Bundeskanzler Werner Faymann verwies in einer Aussendung (19. November) darauf, dass sich Österreich von der laut OECD „schlimmsten Rezession seit Dekaden“ auch dank der „unterstützenden Maßnahmen der Politik“ wieder erhole. Das Wirtschafts- und das Sozialministerium wollen mit weiteren Förderungen bei thermischer Sanierung sowie Initiativen zur Weiterbildung und Aktionen für Langzeitarbeitslose gegensteuern. ■

## Bankenhilfspaket gilt bis Ende 2010

Der Ministerrat hat am 17. November die Verlängerung des Bankenhilfspakets auf den Weg gebracht. Die dafür nötigen Gesetzesgrundlagen und Maßnahmen gelten damit um ein Jahr länger bis Ende 2010.

Nicht verlängert wurde die im Herbst beschlossene unlimitierte Garantie für Spareinlagen. Die staatliche Einlagensicherung beläuft sich damit ab 1. Jänner 2010 auf jeweils 100.000 Euro pro Sparer und Bank. ■

## Hochtechnologie: Neue Siemens-Kompetenzzentren in Österreich

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am 10. November verkündeten Infrastrukturministerin Doris Bures und Brigitte Ederer, Vorstandsvorsitzende der Siemens AG Österreich, die Ansiedlung von sechs Kompetenzzentren im Bereich der Forschung und Entwicklung in Österreich. Die Forschungsniederlassung sei Resultat des Headquarter-Programms des BMVIT und Musterbeispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft. „Trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten gelingt es uns damit, hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen, die Innovationskraft zu stärken und positive Beschäftigungsziele zu erwirken“, betonte Bures. „Für sechs Gebiete im Bereich Forschung und Entwicklung ist es damit gelungen, Headquarterkompetenzen für 220 MitarbeiterInnen und Gesamtinvestitionen von 25 Mio. Euro nach Österreich zu holen“, so Ederer erfreut. Für Infrastrukturministerin Bures ist wesentlich, „nicht in Wettbewerb mit Niedriglohnländern zu treten, sondern im Bereich der Hochtechnologie im internationalen Wettbewerb die Nase vorne zu haben“. Siemens habe dafür ein gutes Beispiel geliefert.

„Die Forschungsniederlassung wäre nicht möglich ohne die Forschungsförderung seitens des Bundesministeriums und die gute Zusammenarbeit mit Infrastrukturministerin Bures“, so Ederer. Die Kompetenzzentren seien dabei führend in zukunftssträchtigen Bereichen wie etwa erneuerbarer Energie, drahtloser Kommunikation oder Industrieleitsystemen.

Laut Bures müsse es jetzt Ziel sein, Österreich unter den Top 3 der innovativsten Volkswirtschaften zu platzieren und gemeinsam mit der Wirtschaft die Forschungs- und Entwicklungsquote auf 3 %, bis 2020 auf 4 % zu heben. Insgesamt würden heuer 350 Mio. Euro in die angewandte Forschung laufen, was eine Steigerung von 13 % bedeute. Mit dem Förderprogramm wolle sich Österreich künftig im Bereich Forschung und Entwicklung international im Spitzenfeld positionieren. ■

## Malmö: Österreich ist einer der Gewinner bei eGovernment Awards

Im Rahmen der 5. EU-eGovernment-Ministerkonferenz in Malmö (Schweden) wurden zum vierten Mal die European eGovernment Awards verge-

ben. Mit ihnen zeichnet die EU-Kommission innovative Online-Projekte in der öffentlichen Verwaltung aus und fördert damit den Austausch von Good Practice Modellen innerhalb Europas zur Erreichung der Lissabon-Ziele bis 2010.

Österreich hat bereits 2003 den Award für HELP.gv.at erhalten und war 2005 unter den Finalisten mit E-Recht (BKA) sowie COURTPUB (BMJ) und als „good practice cases“ mit Civil Protection Online (LReg Stmk), ELAKimBund (BKA) und eAMA (AMA) vertreten. 2007 war das BMJ mit dem elektronischen Urkundenarchiv unter den Finalisten.

Die Awards 2009 wurden in den Kategorien „eGovernment fördert den EU-Binnenmarkt“, „eGovernment befähigt die Bürger“, „eGovernment befähigt das Wirtschaftsleben“ und „eGovernment ermöglicht administrative Effizienz und Effektivität“ vergeben:

Acht der 260 Einreichungen kamen 2009 aus Österreich. Vier der acht heimischen Projekte schafften es unter die 52 Finalisten, die im Rahmen der eGovernment Awards nun der europäischen Öffentlichkeit präsentiert wurden und die Vorreiterrolle Österreichs im europäischen eGovernment unterstrichen.

In der Kategorie „eGovernment fördert den EU-Binnenmarkt“ gewann die von der österreichischen Justiz gemeinsam mit dem Bundesrechenzentrum und der Berliner Justizverwaltung entwickelte IT-Anwendung zur Durchführung des Europäischen Mahnverfahrens. In Österreich ist für alle Europäischen Mahnklagen das Bezirksgericht für Handelssachen Wien, in Deutschland das Amtsgericht Berlin-Wedding als „Europäisches Mahngericht Deutschland“ zuständig. Seit Einführung des Europäischen Mahnverfahrens konnten in Österreich und Deutschland bereits 3.000 Verfahren mit einem Gesamtstreitwert von etwa 60 Mio. Euro automationsunterstützt abgewickelt werden. Justizministerin Claudia Bandion-Ortner zeigte sich überzeugt, dass durch diese Preisverleihung das Interesse anderer EU-Mitgliedsstaaten an dieser zukunftsweisenden IT-Lösung weiter steigen werde. So habe sich Frankreich bereits für die Übernahme dieser technisch offenen Anwendung entschieden. Mit anderen Staaten sei Österreich im Gespräch.

In der Kategorie „eGovernment ermöglicht administrative Effizienz und Effektivität“ erreichte das Beschaffungsportal der Bundesbeschaffung GmbH mit seiner übersichtlichen Umsetzung der eProcurement-Lösung, die sich aus dem Bereich der Lieferanten (Ausschreibungen, Infos zum

e-Shop, etc.) und einem Bereich für Kunden (Produktkatalog, Verträge, etc.) zusammensetzt, den zweiten Platz. Die BBG punktete besonders mit ihrem e-Shop, der eine gebündelte und effiziente Beschaffung erst möglich macht. 2008 wurden aus dem Portfolio der BBG Waren und Dienstleistungen im Wert von 829,8 Mio. Euro abgerufen. Dabei konnte durch Bündelung und Standardisierung der Kundenwünsche eine Kosteneinsparung von 177,6 Mio. Euro bzw. 17,6 % erreicht werden. Rund 200 Mio. Euro des Beschaffungsvolumens wurden über den e-Shop der Bundesbeschaffung abgerufen. 12.800 Kunden sind im e-Shop registriert – sie führten 2009 rund 36.000 Online-Bestellungen durch.

Die Bundesbeschaffung ist mit ihren Erfahrungen nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa Vorbild beim Thema Zentrale Beschaffung. Jedes Jahr bietet das BBG-Forum rund 60 Veranstaltungen an, in denen die BBG ihr Wissen weitergibt. Die BBG ist auch gern gesehener Partner der Europäischen Union, wenn es darum geht, in EU-Twinning-Projekten Wissen neuen oder zukünftigen Mitgliedern zu vermitteln. Zuletzt war die BBG in Estland, Rumänien und Bulgarien im Einsatz. Aber auch im Rahmen des EU-Projekts Peppol, das grenzüberschreitende Beschaffungen ermöglichen soll, ist der e-Shop der BBG Vorbild für künftige Lösungen.

In der Kategorie „eGovernment befähigt die BürgerInnen“ schaffte es das personalisierte E-Government Portal myHELP.gv.at bis ins Finale.

MyHELP ging Anfang 2009 in Betrieb und bedeutet eine große Innovation in Sachen eGovernment Services. Ausgehend von persönlichen Merkmalen (Alter, Wohnort, Familienstand, etc.) und spezifischen Interessen einer Person unterstützt myHELP die NutzerInnen mit individuellen Informationen bis zur Erinnerungsnachricht, wenn z.B. der Reisepass verlängert werden muss. Ermöglicht wird diese neue Form der verwaltungsseitigen Nutzerorientierung durch eine sinnvolle Verknüpfung personenbezogener Daten mit dem enormen Wissensspeicher hinter HELP.gv.at. Die Anmeldung mittels Bürgerkarte stellt sicher, dass das personalisierte Service-Portal den hohen Datenschutz- und Sicherheitsanforderungen in Österreich gerecht wird.

Gleichfalls in der Kategorie „eGovernment ermöglicht administrative Effizienz und Effektivität“ gelangte das Managementinformationssystem der österreichischen Steuer- und Zollverwaltung des Bundesministeriums für Finanzen in den engen Kreis der Finalisten.

Im Rahmen des Reformprozesses 2005 wurde nicht nur die Aufbau- und Ablauforganisation in der österreichischen Finanzverwaltung neu gestaltet. Es wurden auch moderne betriebswirtschaftliche Instrumente eingeführt und ein Kulturwandel vorangetrieben. Das Ziel der leistungsorientierten Steuerung liegt in einer serviceorientierten, kostengünstigeren, flexiblen und effizienten Steuer- und Zollverwaltung. Herzstück ist ein IT-basiertes Managementinformationssystem mit wirkungsorientierten Kennzahlen zur Erfolgsmessung. [www.digitales.oesterreich.gv.at](http://www.digitales.oesterreich.gv.at) ■

ÖNB: Wenzel von Böhmen

Die Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB) zeigt in ihrem Prunksaal bis 31. Jänner 2010 die Ausstellung „Wenzel von Böhmen – Heiliger und Herrscher“, der vermutlich 907 geboren und 935 von seinem Bruder ermordet wurde. Er trieb die Christianisierung in dem von Glaubenskriegen gebeutelten Land voran, baute Kirchen, besuchte Gefängnisse und kümmerte sich um Arme und Schwache. Dafür wird Wenzel heute noch verehrt und gerne von sämtlichen religiösen und politischen Richtungen vereinnahmt.

Im Zentrum der Ausstellung steht eine Zimelie frühneuzeitlicher Buchkunst: die von der UNIQA Versicherung erworbene und in der Österreichischen Nationalbibliothek erstmals der Öffentlichkeit präsentierte Handschrift über das Leben Wenzels. Anhand dieser Kostbarkeit werden in der Schau seine karitativ-christlichen Taten, seine politische Funktion und das Wunderwirken nach seiner Ermordung illustriert. Ein seltener Glücksfall ermöglicht die Gegenüberstellung der Handschrift der UNIQA mit einer Schwesternhandschrift aus der Sammlung von Handschriften und alten Drucken der ÖNB. Die um 1585 vom Prager Maler Matthias Hutský aus Pürglitz geschaffene Handschrift weist eine mit dem UNIQA-Codex nahezu identische Bilderfolge auf. Diese inhaltlich zusammengehörigen, durch ihre wechselvolle Geschichte jedoch weit verstreuten Objekte, werden nun zum ersten Mal an einem Ort vereint dem Publikum präsentiert, eingebettet in einer fantasievollen Inszenierung des Bühnenbildners Christof Cremer.

Die singuläre Schau wandert im Anschluss in das Tschechische Nationalmuseum nach Prag. Die UNIQA-Zimelie verbleibt dann in der Firmenzentrale der tschechischen Hauptstadt. [www.onb.ac.at](http://www.onb.ac.at) ■

## Jubel in den USA für Wiener Janáček-Inszenierung

Im Jahre 2007 wählten führende internationale Kritiker die Wiener Festwochen-Produktion „Aus einem Totenhaus“ von Leos Janáček zur besten des Jahres. Unter Musikdirektor Stéphane Lissner inszenierte damals Patrice Chéreau, das Mahler Chamber Orchestra dirigierte Pierre Boulez. Auch unter Esa-Pekka Salonen war die Aufführung jetzt an der New Yorker Met ein großer Erfolg. [www.metoperafamily.org](http://www.metoperafamily.org) ■

## Wien Museum zeigt „Kampf um die Stadt“ im Künstlerhaus

Das Wien Museum zeigt bis 28. März 2010 im Wiener Künstlerhaus die Großausstellung „Der Kampf um die Stadt“. Über zwei Etagen entwirft die Schau ein kulturhistorisches Panorama über jene Phase der Zeitgeschichte, die sich zwar nach außen hin noch demokratisch darstellte, an vielen Ecken und Enden jedoch nicht nur politisch-ideologisch, sondern auch künstlerisch und technisch herausgefordert wurde. „Kampf um die Stadt“ verzichtet auf die scheinbare Klarheit von Schicksalsjahren wie „1938“ und versetzt die BesucherInnen in jene Phase, wo die Wiener Nazis noch relativ schwach, das „Rote Wien“ noch stark und selbstbewusst schienen. Deutlich trat der Riss zwischen Stadt und Provinz, zwischen Wien und den Bundesländern, zwischen urban-modernem Gestaltungswillen und katholisch-konservativem Bewahrungsanspruch zu Tage. Die Schau beschäftigt sich mit dem großteils schwelenden, noch nicht entschiedenen Kampf. Eingesetzt werden u. a. Plakate, neue Musik wie der Jazz, Filmdokumente, Wandervogel-Zeugnisse, Gemälde von Alfons Walde, Franz Lerch, Rudolf Wacker und Franz Sedlacek, ein von Gustav Deutsch zusammengestellter Film mit Aufnahmen rarer privater Filmemacher, die Büste Viktor Adlers und auch damals neue Techniken wie etwa das Fließband, die Seilbahn oder elektrische Gebrauchsartikel wie der Rasierapparat.

Insgesamt 17 Räume bespielt die Ausstellung, eingeteilt in große Kapitel wie „Heimatideologie“, „Scholle und Pulverschnee“, „Kampfplatz Politik“ oder „Reklame und Konsum“.

Die umfangreiche Ausstellung, an der 24 WissenschaftlerInnen arbeiteten, lädt zu mehrmaligem Besuch ein: Wer ein zweites Mal kommt, bringt seine ursprüngliche Eintrittskarte mit und zahlt

dann nur mehr die Hälfte. Das Begleitprogramm mit Stadtspaziergängen, Vorträgen, Liederabenden oder Filmvorführungen ist in einer über 30 Seiten umfassenden Broschüre aufgelistet. Der Ausstellungskatalog erscheint im Dezember. [www.wienmuseum.at](http://www.wienmuseum.at) ■

## Wien ehrte Francesca Habsburg

Unter Teilnahme bedeutender Persönlichkeiten aus dem Kunst- und Kulturleben, von Mitgliedern der Familie Habsburg und der Wiener Kommunalpolitik überreichte am 26. November Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny im Wiener Rathaus der Kunstmanagerin Francesca Habsburg das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Unabhängig von ihrem bekannten Namen habe sie sich einen wichtigen im internationalen Kunstgeschehen erarbeitet, betonte der Kulturstadtrat. Mit der seit 2002 in Wien ansässigen Stiftung Thyssen-Bornemisza Art Contemporary (T-B A21), die Gegenwartskunst sammelt und ausstellt, habe Wien nicht nur eine wichtige Kulturadresse hinzugewonnen; durch ihr vielseitiges Wissen und ihren hohen Grad an Vernetzung sei Francesca Habsburg auch eine herausragende „Botschafterin der Kunst“, auf die Wien stolz sei. Zweifelsohne hat Francesca Habsburg die hohe Auszeichnung nicht nur für ihre „künstlerischen“ Verdienste, sondern auch für ihr soziales Engagement erhalten. So unterstützt sie etwa den Verein „Unser Kind“, der sich der rund 9.000 Babys annimmt, die jährlich in Österreich vor dem geplanten Geburtstermin zur Welt kommen.

Die eigentliche Laudatio hielt der ehemalige Vizekanzler und Wiener Vizebürgermeister Erhard Busek, der ebenso wie Mailath die Internationalität, geistige Aufgeschlossenheit und künstlerische Neugierde der Geehrten betonte. Gerade die derzeit in T-B A21 gezeigte Schau „Transitory Objects“ mit zeitgenössischer türkischer Kunst, sei ein aktuelles Beispiel dafür, wie sehr auch die Politik der Kunst bedürfe, um Grenzen zu überschreiten. Europa stehe in mancherlei Hinsicht noch am Beginn, erinnerte Busek, am „Vorabend“ des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon.

Francesca Habsburg, seit 1993 mit Karl, dem Enkel des letzten österreichischen Kaisers, verheiratet, studierte Kunst an der St. Martin's School of Art und Kunstgeschichte am ICA in London. Ab 1989 war sie als Chefkuratorin der Sammlung Thyssen-Bornemisza in Lugano tätig. „Unser Kind“-Spendenkonto von AKH-Prof. Pollak: 288 437 887/08, BLZ 20111; [www.tba21.org/](http://www.tba21.org/) ■

## Gemeinsamer Weg von Sport und Justiz im Kampf gegen Doping

Im Kampf gegen Doping konnte die Bundesregierung nun Einigung erzielen. Sportminister Norbert Darabos und Justizministerin Claudia Bandion-Ortner haben am 18. November ein umfangreiches Paket zu Verschärfungen im Anti-Doping-Bereich vorgestellt. So wird Doping künftig als schwerer Betrug nach dem Strafgesetzbuch geahndet werden.

Sportminister Norbert Darabos: „Mit den vorliegenden Gesetzestexten legen wir einen weiteren wichtigen Baustein für eine glaubwürdige und umfassende Anti-Doping-Politik. Gemeinsam haben wir einen vernünftigen Weg für umfangreiche und notwendige Verschärfungen gefunden. Doping darf zukünftig im österreichischen Sport keinen Platz mehr haben.“

Nach der geplanten Ergänzung des Strafgesetzbuches sei ein Athlet künftig nach Paragraph 147 (schwerer Betrug) zu bestrafen, wenn er „einen Betrug (mit mehr als geringem Schaden) begeht, indem er über die Anwendung eines verbotenen Wirkstoffs oder einer verbotenen Methode nach der Anlage der Anti-Doping-Konvention, zu Zwecken des Dopings im Sport täuscht“. Schwerer Betrug ist mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bedroht. In Fällen, in denen der Schaden 50.000 Euro übersteigt, kann der Strafrahmen bis zu zehn Jahre betragen.

Außerdem werden mit Jahresbeginn Verschärfungen im Anti-Doping-Bundesgesetz beschlossen. So werden ein wegen Dopingvergehens gesperrter erwachsener Sportler und Betreuungspersonen künftig lebenslanglich von der Bundessportförderung ausgeschlossen, ab dem Dopingvergehen ausbezahlte Bundessportförderungsmittel müssen rückgezahlt werden und die sechsmonatige Sperrfrist für Sportler zur Teilnahme an Wettkämpfen, die zum Ende der aktiven Laufbahn dem Nationalen Testpool angehörten und mit der aktiven Laufbahn wieder beginnen, wird auf 12 Monate erhöht.

Zusätzlich wird eine Rechtsgrundlage für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden, den Strafverfolgungsbehörden und der NADA Austria im Kampf gegen Doping geschaffen und die rechtlichen Möglichkeiten für Maßnahmen der Zollbehörden bei der Einfuhr von Dopingmitteln werden verbessert.

In Packungsbeilagen von Arzneimitteln, die verbotene Wirkstoffe nach dem WADA-Code enthalten, soll ein entsprechender Hinweis aufge-

nommen werden, um Sportler und Ärzte besser zu informieren.

Ziel ist, dass die Novellen am 1.1.2010 in Kraft treten. ■

## Fünf Punkte-Maßnahmenpaket für mehr Bewegung in der Schule

Mit einem gemeinsamen Maßnahmenpaket sorgen Unterrichtsministerium (BMUKK) und Sportministerium (BMLVS) in den kommenden Jahren für eine bessere Verankerung des Sports im Schulalltag. Eine Qualitätsoffensive für den Sportunterricht im Volksschulbereich, eine Rahmenvereinbarung zur Einbindung des Organisierten Sports in den Schulalltag, ein Neustart der Schulsport-Bundesmeisterschaften, zwei Millionen Euro für Bewegungsmaßnahmen der Sport-Dachverbände in Volksschulen und Kindergärten, die stärkere Verankerung von Sportangeboten im Rahmen von ganztägigen Schulangeboten sowie die Schaffung einer Interministeriellen Arbeitsgruppe sind die Eckpunkte des Maßnahmenpakets, das Sportminister Norbert Darabos und Unterrichtsministerin Claudia Schmied am Montag im Haus des Sportes in Wien präsentierten.

„Sport hat viele positive Wirkungen: Die regelmäßige sportliche Betätigung hat positive gesundheitliche Auswirkungen und kann zu einer bewussten Lebensweise beitragen“, so Bildungsministerin Claudia Schmied. „Das Regierungsprogramm definiert Sport als Querschnittsmaterie. Das Ziel, die Sportaktivität der Bevölkerung zu steigern, erreichen wir nur gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Bereichen“, so Sportminister Norbert Darabos, der in der Kooperation mit dem Unterrichtsministerium einen wichtigen Schritt zu mehr Bewegung für Kinder sieht. „Wir haben mit diesem Maßnahmenpaket einen wichtigen Schritt nach vorne gemacht. Das langfristige Ziel, Kindern täglich Bewegung im schulischen Umfeld zu ermöglichen, liegt sicher noch vor uns. Mit diesem Maßnahmenpaket haben wir aber schon jetzt mehr erreicht, als in den letzten Jahren in diesem Bereich passiert ist.“

Mit dem Maßnahmenpaket ist die Arbeit für mehr Bewegung in den Schulen aber noch nicht zu Ende. Vor allem die Realisierung der lange gewünschten „täglichen Bewegungseinheit“ an allen Schulen bleibt ein wichtiges Ziel. Mit der gemeinsamen Rahmenvereinbarung gibt es nun erstmals eine gesetzlich verbindliche Grundlage für nachhaltige Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministerien und der BSO. ■